

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Beilage oder deren Raum für Geisenheim
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Reklamezeile 90 %. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 103.

Donnerstag den 2. September 1920.

20. Jahrgang.

Der russisch-polnische Krieg zu Ende?

Polen macht an seinen ethnographischen Grenzen Halt.

Offenbar unter dem Druck der Entente, dem sich auch der Papst angeschlossen hat, haben die Polen erklärt, mit dem Erreichten zufrieden zu sein. In polnischen unterrichteten militärischen Kreisen wird erklärt, daß mit der Vertreibung der Russen aus dem Ostgalizien die militärischen Operationen zunächst ihr Ende erreicht hätten. Die oberste polnische Heeresleitung hat nicht die Absicht, ihre Offensive fortzusetzen, falls nicht besondere Umstände sie dazu zwingen. Man will sich zunächst darauf beschränken, alle Verteidigungsstellen auszubauen, um einem Angriff des Feindes gegenüber gerüstet zu sein.

Die bolschewistischen Siegesnachrichten, wonach in den letzten Tagen die Welt überschwemmt wurde, haben sich bisher als Bluff-Versuche entpuppt. Man tut daher gut, auch folgende Meldung mit Vorsicht aufzufassen:

Der Sonderberichterstatter der Londoner „Morning Post“ an der polnischen Front meldet, daß zwischen Dwinisk und Plesow russische Truppenmassen konzentriert seien. Die Russen hätten große Reserven herangezogen, die sich auf dem Vormarsch nach Brest-Litowsk befinden. — Andererseits sei die ehemalige deutsche Verteidigungslinie auf der Höhe von Brest-Litowsk südöstlich Ostpreußen unweit Hyd wieder ins Land gefest worden.

Und dann warnen die Bolschewiken auch wieder die alte Verleumdung auf, zahlreiche deutsche Freiwillige befänden sich in den russischen Reihen, ebenso Offiziere Lubendorfs. Litauen sei, so folgern die Engländer bereits daraus, nichts anderes, als ein von den Deutschen und Russen besetztes Gebiet.

Ein neuer russischer Massen-Angriff?

Von bolschewistischer Seite werden fortgesetzt Siegesmeldungen der Bolschewiken in der übertriebensten Form verbreitet, die sich dann stets am andern Tage als harmlos herausstellen. Am Montagabend hieß es, Grodno sei von den Russen zurückerobert worden und um Bielostok werde augenblicklich erbittert gekämpft. Zwischen Leningrad und Kowno ständen große russische Truppenmassen, die bereits im Rücken der Polen operieren. In der ganzen polnischen Front von Grajewo bis Brest-Litowsk ständen schwere Kämpfe als Vorboten der neuen russischen Offensive flott.

Russische Befürchtungen über Wrangels Vordringen.

Die Moskauer „Pravda“ bespricht die Lage an der Südfont und weist auf die große Gefahr hin, in die Sowjetrussland durch ein weiteres Vordringen Wrangels von Süden her gerate. Wrangel schaffe sich in den von ihm besetzten Gebieten Zentren für seine weiteren Aktionen und verstärke von Tag zu Tag seine Armee. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sei der Erfolg der südwestlichen Gegenrevolution verhängnisvoll, da allein das von Wrangel besetzte kaukasische Gouvernment hundert Millionen Rubel Getreide hätte liefern sollen. Die offizielle „Pravda“ fordert die Bildung einer asienrussischen kommunistischen Organisation nebst Entsendung von Agitatoren an die Wrangel-Front, die in den Reihen seiner Soldaten sowie vor der Front und unter den Kosaken die kommunistischen Ideen verbreiten sollen. „Pravda“ schließt mit einem Aufruf an die Genui, sich freiwillig an die Wrangel-Front zu melden.

Polen droht mit Abbruch der Verhandlungen.

In politischen Kreisen verlautet, daß, sofern die Sowjetregierung die polnische Forderung nach Verlegung der Verhandlungen nach Wiga oder einem anderen Orte nicht bewillige, die polnischen Delegierten unverzüglich abbrechen werden sollen, da weitere Verhandlungen unter den in Winsk obwaltenden Verhältnissen wertlos seien. Im übrigen sei die Geduld der polnischen Regierung zu Ende.

Deutsche Lokomotiven für Rußland?

Der russische Kommissar Professor Tomonoff, der auf der Durchreise von Berlin nach Stockholm in Kopenhagen weilte, erklärte, er habe in Deutschland einen Kontrakt über Lieferung von 2000 Lokomotiven unterzeichnet, deren Wert auf ungefähr 5 Milliarden angegeben wird. 1000 Lokomotiven sollen in kürzester Frist, der Rest drei Viertel Jahre später geliefert werden.

Der amerikanische Panzerkreuzer „Bittsburg“ hat Verbleib erhalten, von Reval nach Danzig zu gehen, um die Amerikaner zu schützen. Von der Kapstadt wurde vor einigen Tagen bei der deutschen Regierung freundschaftlich vorläufig, die polnische Armee möchte vermeiden, die ethnographischen Grenzen Polens ostwärts zu überschreiten. Der Papst habe auch empfohlen, sich bei den Friedensbedingungen, zu wägen.

Die Moskauer „Gegenrevolutionäre“ verurteilt.

Der vor dem Moskauer Revolutionstribunal bean-

nene Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten russischen Zentrums, einer Organisation russischer Gegenrevolutionäre, endete mit der Verurteilung aller Angeklagten, mit Ausnahme des Fürsten Bruffow, zum Tode durch Erschießen, jedoch unter Anwendung der Amnestie. So wurden verurteilt: Fürst Trubekow zu Zwangsarbeit, die Gräfin Alexandra Tolstoj, die jüngste Tochter Tolstoj, und deren Sekretärin und vertraute Mitarbeiterin zu dreijährigem Gefängnis, der frühere Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ Kossanow zur Internierung bis zur Beendigung des Bürgerkrieges in einem Konzentrationslager.

Wie es in Ostpreußen aussieht.

Die Russenflut in Ostpreußen wird von einem Teil der Bevölkerung in Gedenken an eine große „Konjunktur“ angesehen. Denn die Russen bringen Gebrauchsgegenstände aller Art mit, die sie im Austausch gegen Nahrungsmittel oder für billiges Geld loschlagen. Dazu in allen Straßen, allen Kaufhäusern, in allen Gasthäusern frei herumlaufende Russen, die den wenigen Patrouillen immer wieder entfliehen und tun, was ihnen beliebt. In den Wäldern von Johannisburg laufen zahlreiche Pferde allein herum. Johannisburg hat den Russensturm in der Hauptstadt überstanden. Über 30 000 Mann sind hier durchgekommen und nach Ansbach transportiert worden. Die reichsten die Bewachungsmannschaften durchaus nicht aus. Die Russen gingen abends in die Wälder, um Ställe in der Nähe der Stadt, um dort, gegen das Wetter geschützt, zu übernachten und sich von den Bewohnern in den meisten Fällen ein Abendbrot „requirieren“ zu lassen.

Separatistische Bestrebungen in Posen.

Mit großer Beunruhigung verfolgt man in Warschau die separatistischen Bestrebungen in Posen. Eine Kommission, bestehend aus einem Minister und mehreren Offizieren ist nach Posen abgereist, um die der Bevölkerung gestellten Forderungen zu prüfen.

Die neue Rußen-Offensive.

Friedensverhandlungen sollen in Warschau sein.

An gut unterrichteten Berliner Stellen ist die Nachricht aus Warschau eingetroffen, daß sich die polnischen und russischen Unterhändler geeinigt haben, die Friedensverhandlungen von Winsk nach Warschau zu verlegen und dort schon am Mittwoch, 1. September, fortzuführen.

Polnische Rückzugsvorbereitungen.

An der ostpreussischen Grenze finden gegenwärtig keine Kämpfe statt, wohl aber scheint man sich nunmehr langsam wieder auf den Rückzug vorzubereiten. Es steht mit ziemlicher Sicherheit fest, daß die Polen Grajewo und Umgebung in der Hauptsache wieder verlassen und ansehnend haben sie hier nur noch schwache Positionen zu stehen. Die Polen scheinen sich jedenfalls im Abschnitt Grajewo nicht mehr sicher zu fühlen und zeigen eine Unruhe, die auf baldiges Verlassen dieser Gegend hinweisen dürfte.

Unruhen in Petersburg und Kronstadt.

Nach einer Meldung aus Rußland dauern die Unruhen in Petersburg und Kronstadt an. Massenfunktionen finden in beiden Städten täglich statt. In der Nähe von Kronstadt hat eine starke Explosion stattgefunden, deren Ursache man noch nicht kennt.

Die Nachrichten aus Moskau selbst widersprechen sich, aber die Mehrzahl der Berichte stellt fest, daß die Herrschaft der Sowjets bedroht ist. Die Gerüchte über Attentatsversuche auf Lenin und Trotzki oder Rebellionen gegen die bolschewistische Herrschaft wollen nicht verstummen.

Eine Schlappse Wrangels?

Kamenev teilte mit, daß die Landungsstruppen des Generals Wrangel im Kubangebiet vollständig vernichtet worden seien. Die roten Truppen hätten ihre Verbindungen abgeschnitten und sie umringt. Die Regierung des Generals Wrangel sei nur noch Herr über die Krim.

Wie es in Ostpreußen aussieht.

Die Verhältnisse im Russenlager in Ansbach gestalten sich immer trostloser, wenn nicht alsbald ein schneller Abtransport einsetzt. Etwa 50 000 Mann sind in Militärbaracken und auf einer mehrere Quadratkilometer weit sich erstreckenden Fläche im Freien untergebracht. Die Leute suchen sich durch das andauernde Regenerwetter durch schnell ausgehobene Unterstände und aufgeschlagene Zelte zu schützen. Von einer richtigen Abherrung des ausgedehnten Lagerplatzes kann keine Rede sein. Die Internierten streifen frei in der ganzen Gegend herum und treiben Handel mit der Zivilbevölkerung. Solange hier kein Hunger herrscht, läßt sich die Ordnung vielleicht noch notwendig aufrecht erhalten. Die mitgebrachten Pferde werden geschlachtet, die Wagen zertrümmert und zum Feuer verwendet. Die umliegenden Felder werden abgebrannt.

Wie berechnet man Steuerabzüge?

Heute ein allgemeines Studien-Objekt.

Das Reichseinkommensteuergesetz gestattet mancherlei Abzüge für den Steuerpflichtigen, die zum Teil in seinem der früheren Landesgesetze enthalten waren.

Es können von dem Einkommen, das der Reichsbesteuerung unterliegt, in Abzug gebracht werden, die Ausgaben für besondere Arbeitsleistung, die notwendigen Ausgaben für Fahrkosten von und zu der Arbeitsstelle, der Mehraufwand für den Haushalt, wenn die Ehefrau mitarbeitet. Ausgaben für Schulzinsen und Leihgebühren, die Beiträge, die der Steuerpflichtige, und seine Angehörigen für Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Angestellten-, Erwerbslosen-, Witwen- und Waisenversicherung zu zahlen haben. In Abzug können auch gebracht werden die Beiträge zu Sterbekassen, soweit sie einen Betrag von 100 Mark nicht überschreiten. Ferner können in Abzug gebracht werden die Prämien für Todes- und Lebensversicherungen des Steuerpflichtigen und seiner gesamten Angehörigen, soweit diese Prämien den Betrag von 600 Mark nicht übersteigen. Abzugsfähig sind weiter die Beiträge für Berufsverbände, also für die gewerkschaftlichen Organisationen und die Beiträge an kulturellen, mildtätigen, gemeinnützigen und politischen Vereinigungen bis zu einem Betrage von 10 Prozent des Einkommens, z. B.:

Um an einem praktischen Beispiel die Veranlagung zur Steuer klarzustellen, wollen wir die Steuer eines Hilfsarbeiters veranlagten. Dieser Hilfsarbeiter, so nehmen wir an, hat eine Familie von Frau und drei Kindern unter 14 Jahren. Seine Veranlagung nach dem Reichseinkommensteuergesetz wird die folgende sein: Einkommen des Mannes 9500 M.

Davon gehen ab:	
Steuerfreier Einkommensteil für den Mann	1500 „
Steuerfreier Einkommensteil für die Frau	500 „
Steuerfreier Einkommensteil für die Kinder, je 700 M. (weil das Gesamteinkommen 10 000 M. nicht übersteigt und die Kinder unter 16 Jahren sind)	2100 „
Fahrtkosten der Straßenbahn (monatl. 32 M.)	384 „
Ein Arbeitsantrag	200 „
Schulzinsen	120 „
Beitragsteil für Kranken-, Invaliden, Unfallversicherung für den Mann	312 „
desgleichen für die Frau	156 „
Beiträge für Sterbekassen	100 „
Prämien für Todes- und Lebensversicherungen für Mann und Frau	250 „
Gewerkschaftsbeiträge für den Mann	156 „
Gewerkschaftsbeiträge für die Frau	78 „
Auf Sammellisten für Erwerbslose gezeichnete Beiträge für den Partei-Verein	52 „
Beiträge für den Arbeiterbildungsverein	26 „

zusammen 5944 M.

Zur Steuer werden in diesem Beispiel 9500 Mark weniger 5944 Mark = 3556 Mark, nach unten auf volle Hundert abgerundet, veranlagt: das sind also in diesem Falle 3500 M.

Die Reichseinkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M. das steuerpflichtigen Einkommens 10 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M. stets 1 Proz., da die Steuerhöhe ja bis zu 60 Proz. — mehr als der Hälfte des Einkommens allmählich ansteigt. In unserem Beispiel der verbleibenden 3500 M. steuerpflichtigen Einkommens sind deshalb 395 Mark Steuern pro Jahr zu entrichten.

Die Richtlinien für die Waffentransporte

auf der Eisenbahn sind nunmehr seitens des Reichsverkehrsministers und der sozialdemokratischen Gewerkschaften festgesetzt worden. Sie sehen in der Hauptsache Kontrollstellen vor, die nicht aus Eisenbahnern zusammengelegt sind, und die dem Kommissar für die Entwaffnung unterstellt sind. Die Kontrollstellen sollen in jedem Falle nur von den Vorstehern der in Frage kommenden Eisenbahndienststellen über verdächtige Transporte unterrichtet werden. Es werden nunmehr noch zwischen den einzelnen Direktionen und den Arbeiter- und Beamtenvertretungen Verhandlungen über die Durchführung der Richtlinien stattfinden, so daß auch die örtlichen Kontrollstellen alsbald ihre Arbeit aufnehmen können.

Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektionen angewiesen, von jetzt ab alle Sendungen, die durch solche Verfrachter angeliefert werden, denen bereits eine falsche Deklaration von Frachtpackungen erteilt, grundsätzlich (durch Zeichnen der Packungen und dergleichen) daraufhin prüfen zu lassen, ob der Inhalt der Sendung mit den Angaben in Frachtbriefen übereinstimmt. Die seit jeher bestehende Vorschrift, daß die Dienststellen sich von der Übereinstimmung der Angaben im Frachtbriefe mit der Inhalt zu überzeugen haben, wenn der Verdacht eine

folgenden Deklaration besteht, ist erneut eingeschärft worden.

Der Einspruch der nationalen Gewerkschaften.

Die am 29. August 1920 in Bochum versammelte rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner der Hüttenarbeiter und des (angeschlossenen) dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften hat auch hierzu einen Bescheid gefällt. Danach billigt die Versammlung die von der Reichsregierung erklärte Neutralität in Kriege zwischen Russland und Polen und erhebt gleichzeitig schärfsten Einspruch gegen die verfassungswidrigen Eingriffe der radikalen Gewerkschaften und Parteien in den Eisenbahnbetrieb. Diese Eingriffe sind nicht nur geeignet, Deutschland neue Demütigungen durch die Entente zuzufügen, sondern sie zielen weiter auf den Umsturzversuche hin und sind als vorbereitende Maßnahmen zu betrachten, die Wehrkräfte der Regierung in Zeitpunkt der beabsichtigten Umsturzversuche lahmlegen zu können. — Die Reichsregierung hat vor dem Land die Verpflichtung, diesen dem Volkswillen verhängnisvollen werden können Eingriffen in den Eisenbahnbetrieb mit allen Machtmitteln entgegenzutreten.

Die Verfütterung von Hafer und Gerste.

Ein Entgegenkommen für die Viehzucht.

Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 26. August wird zur Ausführung der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 bestimmt: Unternehmer landwirtschaftliche Betriebe dürfen

1. ihren selbstgebauten Hafer aus der Ernte 1920 an das im Betriebe gehaltene Vieh verfüttern;
2. von ihrer selbstgebauten Gerste
b) an das im Betriebe gehaltene Vieh die in § 8 Abs. 1 Nr. 1 (gemeint ist die Reichsgetreideordnung) genannten Mengen an Gerste soweit diese zur menschlichen Ernährung nicht verwendet werden,
b) an ihre Zuchtstauen, sofern diese gedeckt sind und dies dem kommunalverband angezeigt ist zwei Zentner für den Bock verfüttern.

Die Vorschrift im Abs. 1 Nr. 1 gilt auch für selbstgebautes Gemenge aus Hafer und Gerste, das nicht mehr als dreißig vom Hundert Gerste enthält. Nach diesem hier erwähnten § 8 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihren selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 15. August 1921 zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf an Brotgetreide monatlich 12 Kilogramm, an Gerste und Hafer monatlich je 5 Kilogramm verbrauchen. Danach darf also von der Gerste nur eine Menge von monatlich 10 Pfund pro Kopf verbraucht werden und für die Verfütterung ist nur die hierbei ersparte Gerstenmenge zu verwenden, abgesehen von den für Zuchtstauen freigegebenen zwei Zentnern. Hafer dagegen kann ganz verfüttert werden.

Die Schicksale unserer Zeppeline.

Aus Anlaß der Tagung der Demokratischen Partei am Bodensee fand in Friedrichshafen eine Besichtigung der Zeppelinwerft statt. Generaldirektor Golsmann hatte die Führung übernommen durch diese Werft das deutsche Weisse und deutscher Tatkraft, welche ein die Welt mit Bewunderung erfüllt.

Heute liegen die stolzen Riesenhallen, die weite Arbeitsräume verbietet. Am 28. August hat „D. 61“ Friedrichshafen verlassen, um, mit deutscher Mannschaft und einigen italienischen Offizieren an Bord, nach Rom zu fliegen. Das Luftschiff, das auf seiner Fahrt als erstes die Alpen überflog, geht damit in den Besitz Italiens über.

Die noch übrigen Zeppeline werden von den Alliierten als Entschädigung für die zerstörten eigenen Luftschiffe in Anspruch genommen, so das Passagierluftschiff „Nordstern“, das ganz neu in der Halle liegt und das „Schiff „Bodensee“, das von den Fahrten im letzten Sommer ausruht. Eins wird wohl nach Frankreich, das andere nach England kommen. Ein drittes Schiff wird in seine einzelnen Teile zerlegt und samt der Halle von Jüterbog nach Japan transportiert werden.

Die größte der drei Friedrichshafener Hallsen, ein Wunderwerk der Technik, muß, wie die meisten übrigen Luftschiff- und Flughallen, bis zum 21. Februar 1921 abgebrochen sein. Die Reichsregierung vertritt dabei den Standpunkt, daß es sich hierbei um Privatigentum der Zeppelin-Gesellschaft handle, auf das der Entente nach dem Friedensvertrag kein Recht zusteht. Die Halle, deren Einrichtung seinerzeit 2 Millionen Mark kostete, dürfte heute kaum für 30 Millionen Mark herzustellen sein.

Im Steuerstreit wird verhandelt.

Die Streitleitung erkennt den Steuerabzug an.

Die Betriebsräteversammlung hat an die Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie u. a. erklärt, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug gehe. Daraus folgert sie, daß die Arbeiterschaft unter dem Zwange der Verhältnisse den Steuerabzug anerkenne. Die Regierung wird aufgefordert, nun eine klare Antwort zu geben, ob sie gewillt sei, in Gemeinschaft mit der Vereinigung württembergischer Arbeitnehmerverbände und mit dem Aktionsausschuß über die ihr übermittelten Forderungen zu verhandeln.

Die Regierung hat daraufhin erwidert,

sie erhebe aus dieser Antwort, daß die Betriebsräteversammlung den bisher von ihr und den Steuerverweigerern eingenommenen Standpunkt aufbehalte. Die Anerkennung des Steuerabzuges müsse aber in einer die Steuerverweigernden Arbeitnehmer verpflichtenden Weise erfolgen, worüber in mündlicher Verhandlung das Nähere bestimmt werden könne.

Diesemigen Arbeiter, die sich schuldhafter Handlungen schuldig gemacht haben, müßten selbstverständlich aus dem Betriebe ausgeschlossen werden. Die Forderung der bedingungslosen Anerkennung des Steuerabzuges am Lohn wird von der Regierung aufrecht erhalten. Nach Sicherstellung des Steuerabzuges wie des ungeführten Betriebes der angeschlossenen Werke wird die Re-

gierung die Polizeivollmacht zurückziehen. Die württembergische Regierung vertritt die Auffassung, daß die sofortige Restlose Durchführung aller Steuergeetze, namentlich auch derjenigen über die Vermögens- und die Kriegsgewinnsteuer und das Reichsnotopfer, unerlässlich ist und wird hierauf mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln hinarbeiten.

Die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter oder der streikenden Arbeitnehmer ist zunächst Sache der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. „Auf Wunsch einer der beteiligten Parteien wird die Regierung bei der Behebung hierbei entstehender Schwierigkeiten einwirken. An der Ablehnung der Forderung auf Erstattung des Lohnausfalles und der Entlassung der streikenden Arbeitnehmer muß die Regierung festhalten.“

Vorsicht für Auswanderer.

Wie die vorsichtigen Auswanderer in Russland leben.

Der unabhängige Sozialist Wilhelm Dittmann ist in Russland gewesen und hat dort eine Gruppe der aus Deutschland dorthin ausgewanderten Arbeiter besucht. Er schildert die Zustände, in denen die Leute infolge dieser überlieferten Aktion sich befinden, in den trübsüßigen Farben. Schon wie die Fabrik aussieht, zeigt, daß alle Vorbereitungen gefehlt haben: „Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17 000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lasse. Arbeitsstätte und Werkzeuge lagen vielfach zerstreut umher, Maschinen, die still standen, waren offensichtlich verrostet. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten aus, daß alles furchtbar langsam gehe und schlecht funktioniere. Trotzdem sie unter den schlechten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensoviel als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien teils zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, teils kämen sie freiwillig, um das Anrecht auf einen „Pasport“ zu bekommen, die Lebensmittelration, die im Betriebe verabfolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten die Arbeit im Gegenteil zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangehörigen. Nach einer halben Stunde ließen sich die russischen Arbeiter hin und drehen sich eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und fingen dann allmählich wieder zu arbeiten an. So geht das den ganzen Tag.“

Ueber die persönlichen Verhältnisse sagten ihm die einzelnen Arbeiter sehr viel Beiläufiges: „Hier müssen wir hungern... Unterkunft schlecht... vier Tage im Bahnhofs... in der Wohnung acht Tage ohne Stroh.“ — Alle Auswanderungslustigen mögen sich daher gut nach den Verhältnissen erkundigen, in die sie ziehen. So wie in Deutschland lebt in Russland der Arbeiter eben nicht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 31. August 1920.

— sämtlichen Beamten der Sicherheitspolizei Mitteldeutschlands ist das Tragen von Hakenkreuzen, auch wenn sie in Zivil sind, verboten worden.

— Kronprinzessin Cecilie, die sich mit ihren vier Kindern kurze Zeit beim Kronprinzen in Beringen aufgehalten, ist wieder auf der Rückreise nach Deutschland.

— begreifen Sie wird den Herbst in Oels in Zmajew verbringen.

— Der französische Ministerpräsident Millerand wird bei seiner Reise in das Rheinland von Hoch begleitet sein.

— Sofortige Neuwahlen in Preußen verlangt ein Beschluß des Landtages der Provinz Sachsen. Es wird in dem Beschluß die Auffassung vertreten, die Regierung benutze die Zwischenzeit, um der Bevölkerung immer mehr Parteilichkeiten aufzuzwingen.

— In der Mittellandkanal-Angelegenheit haben die Anhänger der Südlinie (durch Südbraunschweig) erneut eine große Agitation eingeleitet.

— Zur Regelung des Auswanderungswesens besonders zum Schutze von Lohnarbeitern in fremden Ländern ist eine internationale Kommission gebildet worden.

— Es sind 20 Millionen Mark für eine internationale Aktion zur Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen aus Deutschland nach Russland und aus Russland (Sibirien, Turkestan) nach Deutschland zur Verfügung gestellt worden.

— Eine rumänische Kommission ist zur Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen nach Deutschland unterwegs.

— Der französische Ministerpräsident, Millerand, wird in den nächsten Tagen Köln, Bonn, Mainz und Worms besuchen und einige Tage auch in Straßburg und Kolmar zubringen.

Der Steuerstreit in Stuttgart. An der Lage in Stuttgart hat sich nichts geändert. Unruhen sind nicht vorgekommen. Für Dienstag droht eine Verschärfung des Generalstreiks dadurch einzutreten, daß die Streikenden versuchen werden, die Arbeitswilligen aus den Betrieben zu holen bzw. von ihnen fernzuhalten. Der Anschluß der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei an den Generalstreik ist aus „Solidarität“ erfolgt.

Ein Streikrecht der Beamten wollen die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung nicht anerkennen. Auf deutsch-nationale Anfragen in der preussischen Landesversammlung und in der Nationalversammlung hat die preussische Staatsregierung eine Antwort dahin erteilt, daß in der Frage des Streikrechts der Beamten die Erklärung vom 20. Februar 1920 nach wie vor maßgebend sei. Sie lautet im wesentlichen:

„Bei der Eigenart des Beamtenverhältnisses (Anstellung auf Lebenszeit, gesetzliche Regelung des Ruhegehalts und Hinterbliebenenfürsorge) bricht ein Beamter, der streikt, seinen Eid und verlegt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Amte dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Dienstverhältnisses verlustig geht, auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Dadurch werden keine berechtigten Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel als der Streik zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Die Auffassung der preussischen Staatsregierung in dieser Frage deckt sich mit der der Reichsregierung.“

Rundschau im Auslande.

In Ungarn wird zurzeit über die Einführung der Prägelfrage debattiert. Der Justizminister hat mitgeteilt, die Regierungen Frankreichs und Englands hätten auf die „heilsamen Folgen“ aufmerksam gemacht, die in Frankreich und England mit der Prägelfrage erzielt worden seien.

Die Italiener haben mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag auf Lieferung von 35 Millionen Tonnen Kohlen auf 5 Jahre abgeschlossen.

Millerand hat Lord George eingeladen, der Zusammenkunft mit dem italienischen Ministerpräsidenten in Villes-Bains, seinem bevorstehenden Badeaufenthalt in Südrussland, beizumohnen.

Serbien: Regierung gegen Kommunisten.

Die Belgrader Gemeindeverwaltung sollte von den Kommunisten übernommen werden, die bei den Gemeindevahlen die Mehrheit erzielt hatten. Der Vertreter der Regierung verweigerte jedoch die Uebergabe der Geschäfte an die Kommunisten, da diese den vorgeschriebenen Umkreis nicht geleistet haben. Die Regierung hat die Pflicht, für alle Gemeinden mit kommunistischer Mehrheit Wahlen auszuschieben. Zwischen den Radikalen und den Demokraten fanden bereits Verhandlungen wegen Abschluß eines Wahlbündnisses gegen die Kommunisten statt.

England: Vergarbeiterabstimmung für den Streik.

Das Ergebnis der Abstimmung der Vergarbeiter über die Frage des allgemeinen Streiks wird auf der allgemeinen Vergarbeiterkonferenz in London am 2. September bekannt gegeben werden. Man erwartet, daß die Versammlung am 31. August Vorschläge machen wird, die darauf abzielen, die Verhandlungen mit der Regierung wieder zu eröffnen, und daß die Vergarbeiterkonferenz versuchen wird, den Streik aufzuschieben. Die Abstimmung hat anscheinend die notwendige Zweidrittelmehrheit zugunsten des Streiks ergeben.

England: Die Amerikaner für die Iren.

Aus Sympathie für Irland haben die amerikanischen Anführer an Bord der amerikanischen, französischen und belgischen Schiffe die Arbeit eingestellt. Sie erklären, die Arbeiter nicht wieder aufzunehmen, ehe nicht der Hungerstreik von Cork freigegeben wird und der Erzbischof Manning (der auf der Heimreise von New York nach Irland in England festgehalten wurde) seine Reise fortsetzen kann.

Der Bürgermeister von Cork hat am Sonntagabend das Bewußtsein verloren. Die Ärzte erklären seinen Zustand für hoffnungslos.

Am Sonntag ist die Kaserne im Westteil von Belfast (Irland) durch die Sinnenfänger angegriffen worden. Es kam zu einer Schlägerei, bei der es viele Verletzte gab. Polizei und Truppen mußten mehrere Male mit dem Bajonett vorgehen, um die Reiterer zu vertreiben. Nach dem „Martin“ ist am Sonntag 24mal in Belfast Feuer angelegt worden.

England: Schwere Unruhen in Mesopotamien.

Nach einem Bericht des Londoner Kriegsamtess lagen die Meldungen aus Mesopotamien erkennen, daß sich die Unruhen in das Gebiet von Munteh hinein ausgebreitet haben. Die Lage am Euphrat ist kritisch. In der Nachbarschaft von Hilla ist eine umfangreiche englandfeindliche Bewegung im Gange. Der Widerstand der Stämme in Nordosten von Bagdad nach Persien hin ist noch immer erheblich. Die Araber haben sich eingeschlossen. Der Gehilfe des dortigen Regierungsvertreters wurde gefangen genommen. Eine Kolonne aus Chanikin hat die Garnison von Saraghan entsetzt.

Südamerika: Schwierigkeiten zwischen Chile und Peru.

An der Westküste von Südamerika entzündet sich ein gefährliche rivalität. An nordamerikanischen Kreisen ist man mit Bedauern, daß England an südamerikanische die publizistischen Kriegsschiffe verkauft. So kann Chile fängt den Dreadnought „Kanada“ von 28 000 Tonnen, zwei Kreuzer, vier Torpedoböller und fünf Minenleger und es schweben noch Verhandlungen zwecks weiterer Schiffsverkäufe an südamerikanische Republiken. Einige dieser Republiken wollten Kriegsschiffe von den Vereinigten Staaten kaufen, die dies aber ablehnten, weil die Vereinigten Staaten auf Grund der Monroe-Lehre einen militärischen Wettstreit zwischen den südamerikanischen Republiken verhindern wollten. Chile und Peru aber sind eifersüchtig aufeinander und haben dauernd Streitigkeiten. Eine britische Marinekommission weilt vor einiger Zeit in Chile, um die dortigen Marine neu zu organisieren, während eine amerikanische Kommission nach Peru kam. Peru hat sicher nicht die Absicht, ruhig zuzusehen, wie Chile sich bewaffnet.

China: Meuterei in der Hauptstadt Peking.

Die „Times“ melden aus Peking, daß eine Brigade der besetzten Truppen, die jetzt entwafrant werden sollte gemeinert hat und das tödliche Tor von Peking eingeschert. Schütz Häuser sind dabei vollständig verbrannt.

Nördlich von Hunan breitet sich die Cholera in das Gebiet von Tschili aus. Viele Dörfer in der Nähe der Peking-Hankau-Eisenbahn sind schwer heimgesucht worden. Ganz Nordchina ist infolge des Ausbleibens der Frühlings- und Sommerregengüsse von Hungersnot bedroht. Dazu kommen noch die Verstörungen, die durch große Schneeschmelzen angerichtet wurden.

Locales und Provinzielles.

Weissenheim, 2. Sept. Morgen Freitag Nachmittag 6 Uhr findet auf dem Rathaus eine Stadiverordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verteilung von Vorkholz an hiesige Einwohner.
2. Besuch der Gebäuden am Gehaltsanhebung.
3. Bewilligung der Nacherhebung von 3 1/2 % Bezirkssteuer.
4. Wahl eines Mitgliedes zur Wohnungskommission.
5. Beitritt zum Hefen-Raffaischen Verein für Kleinwohnungsweisen e. V.
6. Erhebung eines Zuschlags zur Grunderwerbssteuer.
7. Erhöhung des jährlichen Zuschusses an die Lehrer der gewerblichen Fortbildungsschule.

Weissenheim, 2. Sept. Wir verweisen auf die in heutiger Nummer erscheinende Bekanntmachung des Magistrats, worin dieser warnt, ohne die Genehmigung der Wohnungskommission vermietete Wohnungen zu beziehen. Gegen Vermieter und Mieter wird unnachlässiglich Straf antrag wegen Zuwiderhandlung gegen die geltenden Bestimmungen gestellt.

Weissenheim, 2. Sept. Zu Ehren der Kriegsfangenen, die in letzter Zeit aus trauriger Gefangenschaft glücklich in ihre Heimat Weissenheim-Johannisberg zurückgekommen sind, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Weissenheim-Johannisberg, am Sonntag d. 4. Sept. eine Heimkehrer-Feier. Ein reichhaltiges Pro-

gramm musikalischer Vorträge und Vieder unter Mitwirkung bekannter Künstlerinnen und Künstler, die ihre freundliche Teilnahme zum Gelingen des Festes zugesagt haben, sowie humoristische Veranstaltungen sollen für die Nachmittags- und Abendstunden in vergnügtem Beieinandersein heiteren Frohsinn wecken, womit der Reichsbund den Zurückgekehrten eine gewisse Entschädigung für so viele niederdrückende Stunden langer Gefangenschaft zu bereiten hofft. Zur Deckung der entstehenden Unkosten wird ein geringes Eintrittsgeld erhoben. Freunde und Gönner der Veranstaltung sind gern gesehen. Nähere Angaben bringt die Samstagnummer dieser Zeitung.

Geisenheim, 2. Sept. Der bereits im Juli d. J. für den Spätsommer in Aussicht gestellte Ausflug des Gesangsvereins „Viedertanz“ soll jetzt zur Ausführung kommen. Gemeinsam mit der „Musikvereinigung Geisenheim“ begibt sich der Verein — günstige Witterung vorausgesetzt — am kommenden Sonntag den 5. September über die Hindenburgbrücke-Gaulsheim nach Gau-Algesheim. Dortselbst in der „Türmhalle“ frühliches Beisammensein. Vieder, Musikvorträge sorgen ausgiebig für Unterhaltung. Bei guter Sicht wird der unweit Gau-Algesheim belegene Bismarckausichtsturm besucht, der einen prächtigen Fernblick gewährt. — Abmarsch pünktlich 12 1/2 Uhr mittags mit Musik vom Vereinslokal „Frankfurter Hof“. Freunde und Gönner des Vereins mit ihren Angehörigen sind zu zahlreicher Beteiligung freundlichst eingeladen.

Geisenheim, 2. Sept. Ein erfolgreicher Geisenheimer Turner. Beim Bergseiwettturnen des Unternehmers in Rheinböllen am 29. August 1920 wurde der Turner Heinrich Jffinger aus Geisenheim, wohnhaft in Dingerbrück im Weiskamp, Klasse 35—39 Jahre, (Wettbewerbe: Kugelschößen, Weitspringen, Laufen) unter 644 Wettturnern mit 58 Punkten 1. Sieger. Im Jahre 1919 wurde derselbe Turner beim Bergseiwettturnen in Rheinböllen im Weitsprung, Kugelschößen und Laufen unter 506 Wettturnern in derselben Klasse mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Auch im Jahre 1918 errang er im Weitsprung Bergseiwettturnen im August 1918 den 1. Sieg.

Geisenheim, 2. Sept. Für die Rheinschiffahrt ist ein neuer Fahrplan in Kraft getreten. Es verkehren nunmehr noch folgende Personenschiffe der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft:

Ab Station Geisenheim
zu Berg 3³⁰ und 7⁴⁰ Uhr nachm.
zu Tal 11 Uhr vorm. bis Köln
3³⁰ Uhr nachm. bis Koblenz

Die Niederländer Gesellschaft fährt wöchentlich 3 Touren und zwar an jedem Sonntag, Montag und Donnerstag vormittags 8³⁰ zu Tal.

Weiter schlechtes Wetter. Die für den August ganz ungewöhnlich lange anhaltende Regenperiode ist auch auf ziemlich ungewöhnlichem Wege zu uns gelangt. Zunächst war Ostdeutschland arg in Mitleidenschaft gezogen; die Regengüsse, die niedergingen, waren so beträchtlich, daß allenthalben Hochwasser und Ueberschwemmungen eintraten. Eine Hoffnung auf baldige Umkehrung der Witterung zum Besseren besteht leider augenblicklich noch nicht; ein kleiner Trost liegt allerdings in der so ziemlich sicheren Aussicht, daß der Regen nicht mehr „stippenmäßig“ auftreten wird. Er wird wahrscheinlich sogar bald ganz ausbleiben. Aber dafür bleibt es einwöchentlich kühl. Ein Hochdruckgebiet über dem Ozean hat sich auf dem Wege zu uns bereits verflüchtigt. Hoffentlich gibt es trotzdem einen kalten „Altweibersommer“.

Der kalte Herbst macht den Landwirten große Sorgen. Wie soll sich da die Ernte regeln und mit gutem Erfolge vollziehen? Wie sollen die Pflanzen sich bei dieser Temperatur weiterentwickeln und Nährstoffe gewinnen? Im Norden überwiegt in der letzten Zeit der Regen. Im Süden gab's weniger Regen, dafür aber was kälter. So hatte München Freitag mittags nur 11 Grad Wärme (frühere Wärmehochschnitte im August 18,1, im September 13,1), 20 Grad C. sind in den letzten Tagen überhaupt nicht mehr erreicht worden. Die Abkühlung dürfte auch bei uns noch weitere Fortschritte machen, bevor ein über dem Ozean liegendes huffnungmachendes Hoch vollends auf den Kontinent gelangt und nach allgemeiner Wiederaufheiterung zu langamer Erwärmung führt. Das wird wohl frühestens um die Mitte der Woche geschehen. Wenn es herankommt, wie es jetzt ist, dürfte in der zweiten Hälfte der Woche die Witterung wiederum sonnig, tagsüber warm und beständig sein, während für die ersten Tage eine Wenderung des unfreundlichen Wetters noch nicht zu erwarten ist.

Eltsville, 28. Aug. Gestern nachmittag brach in dem Herrn Jakob Heinrich gehörigen Besitztum Schäfersmühle ein Schadenfeuer aus. Das Feuer griff so rasch um sich, daß die sofort herbeigeeilten Wehren von Riedrich und Eltsville leider nicht des Feuers Herr zu werden vermochten. Wohnhaus und Stallung wurden ein Raub der Flammen, ebenso konnte nur ein Teil der Möbel in Sicherheit gebracht werden. Das Feuer entstand angeblich dadurch, daß kochendes Öl aus dem Kessel in das Feuer lief, und sich von dort das verheerende Element rapid verbreitete. Der Besitzer des Anwesens trifft ein bedeutender Schaden, circa 120 000 M., da die Gebäulichkeiten nur gering, Mobilien und Wäsche garnicht versichert sind. Mobilien konnten nicht versichert werden, da bei dem abgelegenen Anwesen die Wasserleitung fehlte und dieserhalb die Versicherungen stets die mehrfach beantragte Mobilienversicherung ablehnten.

Vorch, 29. Aug. Aus 53jähriger russischer Gefangenschaft (Sibirien), wo er sich seit August 1915 befand, ist Herr Küfermeister Wilhelm Elzner zur größten Freude seiner Familie und Angehörigen zurückgekehrt.

Wiesbaden, 31. Aug. Ein Wiesbadener hat eine Erfindung zum Patent angemeldet, die auf Grund der chemischen Wirkung der Elektrizität eine rationelle Ausnutzung bestehender Wasserkraftanlagen mit angegliederter Elektrizitätswerk zur Erschließung unerschöpflicher Wärmequellen ermöglichen soll. Durch die Ausnutzung dieser Erfindung, die nach dem Urteil von Sachleuten als Beitrag zur Lösung der Rohstoffnot von weitesttragender Bedeutung sein werde, würden namentlich die Freistaaten mit reichen Wasserkraften, wie Bayern und Baden, in hohem Maße vom Bezug der Kohle frei werden. — Der Ein- und Ausbrecher Friedrich Schmidt, der aus der Strafanstalt Friedeburg entsprungen war, ist hier in einer Wohnung festgenommen worden.

Schmidt hatte vor zwei Jahren mit mehreren anderen Helfershelfern in Wiesbaden und Mainz große Einbruchsdiebstähle ausgeführt. Im Untersuchungsgefängnis hatte er eine Meuterei in Szene gesetzt.

Griesheim a. M., 30. Aug. Bei der gestrigen Kirchweih stürzte ein junges Mädchen namens Metter von Frankfurt beim tollen Schaulen aus voller der Höhe Schiffschaukel und brach das Genick. Der Tod trat fast auf der Stelle ein.

Frankfurt, 30. Aug. Die Frankfurter Brauereien stellen ab 1. September Friedensbier mit 8⁰/₁₀ Stammwürze her. Trotz der erhöhten Unkosten tritt jedoch eine Preiserhöhung für den Garkaffee nicht ein.

Frankfurt, 1. Sept. Heute Vormittag hielten die die Erwerbslosen Groß-Frankfurts eine Versammlung ab, in deren Verlauf eine Deputation nach dem Rathaus entsandt wurde, um dort bei dem Magistrat wegen der Forderungen der Erwerbslosen erneut vorstellig zu werden. Die Deputation wurde auch angenommen. Während sie noch mit dem Magistrat verhandelte, erfolgte ein Demonstrationsschritt der Erwerbslosen vor das Rathaus und verlangte dort Eingang. Dies wurde verweigert. Die Menge versuchte darauf, von verschiedenen Stellen aus in das Rathaus einzudringen. Es gelang ihnen, ein Tor in der Bethmannstraße mit Eisenstangen aufzubrechen, und eine große Zahl von Demonstranten drang in das Innere des Hauses ein. Ein hier befindlicher Posten der Sicherheitswehr wurde angegriffen und machte daraufhin von der Waffe Gebrauch. Bisher ist noch nicht genau festgestellt, ob Todesopfer bei dem Zusammenstoß zu beklagen sind. 5 Personen sind nach den bisherigen Ermittlungen mehr oder minder schwer verletzt worden. Einem größeren Aufgebot der Sicherheitspolizei gelang es schließlich, das Rathaus und den Römerberg zu säubern und streng abzusperren. Kurze Zeit nach den Vorgängen am Rathaus sammelte sich in der Kaiserstraße eine größere Menschenmenge an, die versuchte, die dort befindlichen Waffenvorräte zu stürmen, um sich der Waffenvorräte für ihre Zwecke zu bemächtigen. Ein Offizier der Sicherheitswehr, der hier vorüberging, wurde mit Stöcken und Messern bedroht und konnte sich nur durch die Flucht seinen Verfolgern entziehen. Auch hier konnte später die Sicherheitspolizei bald die Demonstranten zerstreuen und die Ruhe wieder herstellen.

Frankfurt, 2. Sept. Nachdem auch gestern Nachmittags eine Versammlung der unabhängigen und kommunistischen Betriebsobleute stattgefunden hatte, die noch zu keinem Beschluß über einen Eintritt in den Generallstreik zugunsten der Arbeitslosen kam, kam es in der Stadt vereinzelt zu neuen Zusammenstößen. Verschiedentlich wurden Sicherheitspolizeibeamte angegriffen und zum Teil so schwer verletzt, sodaß sie in das Krankenhaus verbracht werden mußten. Eine Hundertschaft unternahm daraufhin eine Streife durch die Stadt, wodurch es zu Zusammenstößen in der Nähe des Rathauses kam. Sie erhielt dort aus einem Hause Feuer und erwiderte es. Hierbei wurden drei Personen und eine Frau zum Teil schwer verletzt. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich demnach bis jetzt auf 11 Personen. Sonstige Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen, in den ersten Nachmittagsstunden herrschte Ruhe.

Aus Stadt und Land.

Auch ein Kulturfortschritt. In Raffy bei Paris hat ein Einbrecher die Hühner des Hauses, dem er seinen Besuch zugebracht hatte, vorher vernichtet eines regelrechten Gasangriffes, zu dem er einen militärischen Gasabblaseapparat benutzte, getötet, um nicht durch das Kräheln verraten zu werden.

Bergmanns Los. Auf der Zeche „Präsident“ bei Bochum wurden am Dienstag mehrere Zimmerhauer verschüttet. Am Donnerstag wurde bei den Rettungsarbeiten festgestellt, daß die am Dienstag verschütteten Zimmerhauer sämtlich noch am Leben sind. Im Laufe des Donnerstag gelang es, einen der Verschütteten bis zur Brust freizulegen. Mit den beiden anderen wurde eine Verbindung erzielt, die es ermöglichte, den Leuten die Nahrung zuzuführen. Die Rettungsarbeiten sind mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, da es noch nicht möglich war, die starken Wasserzuflüsse abzumindern. — Man hofft, die Verschütteten noch lebend bergen zu können.

Opfer der Bergkategorie. Bei dem Bestiegen der Zugspitze durch das Südalpen stürzten vier Touristen ab, die durch die ausgefallene Hilfsseilspedition erfroren aufgefunden wurden.

Ausdeckung einer altgermanischen Siedelung. Bei Hersfeld wurde eine aus dem Jahre 100 nach Christus stammende Siedelung der Chatten samt ausgehöhltem Urnenfeld als Stätte altgermanischer Brandgräber entdeckt.

Die Sicherheitszustände in Berlin beleuchtet die Riste der Einbrüche in der Sonntag Nacht, die den Einbrechern abends besonders ergiebige Gelegenheiten zu Einbrüchen in Geschäfte gibt. Es wurde in verschiedenen Stadtteilen neben kleineren Sachen u. a. folgendes gestohlen: 1. für 40 000 Mark Uhren, Ringe und Broschen; 2. für 50 000 Mark Schuhwaren und Leder; 3. für 30 000 Mark Lederwaren; 4. für 15 000 Mark Herren- und Damenkleider; 5. für 10 000 Mark Schuhwaren; 6. für 15 000 Mark photographische Apparate; 7. für 40 000 Mark Uhren; 8. für 16 000 Mark Kolonialwaren; 9. für 12 000 Mark Lederwaren; 10. für 7000 Mark Pelze usw.; 11. Wäreneinbrecher, die es hauptsächlich auf die teuren Schreibmaschinen abgesehen haben und denen es an einigen Stellen gelang, bis zu 6 Schreibmaschinen auf einmal zu stehlen, erbeuteten wieder zwei Maschinen. Daneben die üblichen Wohnungseinbrüche: 1. bei einem Oberstleutnant R. in der Mohrstraße Teppiche und Silberfachen im Werte von 63 000 Mark; 2. bei dem Ingenieur R. am Platz am Neuen Tor für 60 000 Mark Teppiche usw.; 3. bei einer Witwe Sch. in der Hardenbergstraße für nicht weniger als 150 000 M. Tafelsilber, Perserteppiche und Bräuen; 4. bei einer Witwe A. in der Sophienstraße für 20 000 Mark; 5. für ebensoviele bei einem Kaufmann U. in der Schreiberstraße. 6. Auch der Magistrat von Charlottenburg blieb von den Einbrechern nicht verschont. Durch einen Kellereinbruch nahmen sie diesem für ungefähr 20 000 M. Leinwand ab.

Das deutsche Weinparlament. Unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Reichsrats v. Buhl-Deides-

heim, trat die amtliche Vertretung des deutschen Weinbaus in Würzburg zu seiner Hauptversammlung zusammen. Die Einfuhr und Kontrolle der Auslandsweine behandelte in einem hochinteressanten Vortrage Dr. Petry: Der Verfall der Weinpreise entzieht uns das bisher größte deutsche Weinbaugeschäft — Elsass-Lothringen — mit seinen 25 000 Hektar ertragsfähiger Weinberge. Es verbleiben uns überhaupt nur noch rund 69 000 Hektar Anbaufläche. Dazu kommt der Ausfall von Dürre- und Frostschäden. Die deutsche Weinbauern hat also eine Einkünfte zu ungefähr zwei Fünfteln ihres Bestandes vor dem Weltkriege erlitten. — Weinbaudirektor Seufferheld, Grünhaus (Mosel) forderte die deutschen Weinbauer zu einem Boykott des französischen Weins auf.

Der Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften. Sitz Berlin, erob auf seinem kürzlich in Nürnberg abgehaltenen Verbandstag Einspruch dagegen, daß viele Lieferanten und Händler den Verband nicht als Genossenschaft anerkennen wollen. Wegen dieser Lieferanten sollen entsprechende Maßnahmen angewandt werden.

Ein Rechenexempel. Die Goldanbahnung in Amerika wird allmählich für die Welt bedrohlich. Die amerikanischen Goldvorräte betragen zurzeit 2 Milliarden 234 Millionen Dollars. Bei dem gegenwärtigen Dollarkurse von rund 49 Mark macht das die ungeheure Summe von ca. 110 Milliarden Mark aus. Diese Goldreserven ist doch nur ein ganz kleiner Teil des Nationalvermögens der Yankees. — Man kann daraus ersehen, in welchem Umfange die Amerikaner es in der Hand haben, uns bei dem heutigen Stande der Welt zu unterwerfen und auszukaufen. Wir können dem gegenüber nichts tun als arbeiten. Werte schaffen, so billig wie möglich, die wir ins Ausland schicken können.

Unterlagen eines Stadtschreibers. Der Stadtschreiber Götz, der die Kassengeschäfte der städtischen Beleuchtungswerke in Bochum führte, hat sich großer Unterschlagungen schuldig gemacht. Er ist bereits verhaftet worden. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Große Herreise der Waffenfabriken auf der Elbe. In der Engesfelder Munitionsfabrik fanden die Tage Verhaftungen leitender Persönlichkeiten, Beamten und Arbeiter statt. Die Behörden haben große Schließungen von Waffen- und Munitionsvorräten im Betrage von sieben Millionen Kronen entdeckt.

Fünf Ruderer ertranken. Fünf Ruderer des Schwäbischen Rudervereins unternahmen Sonntag eine Sporthaus nach Bad Kriem. Gegen Abend traten sie trotz der Warnung von Insassen eines Segelbootes die Ruderfahrt an. Hinter der Insel Kriem wurden sie von den vorangeschrittenen Seglern wieder erkannt und sind anscheinend umgekehrt. Am anderen Morgen wurde bei der Goldburg das Boot fliegend aufgefunden. Anscheinend haben alle fünf Ruderer im Sturm den Tod gefunden.

Die Leipziger Messe hat, nachdem sie eine Weile durch Streiks bedroht war, ihren Anfang genommen. Wegen der Preise vor der Messe konnten bereits erhebliche Preisrückgänge festgestellt werden. Die Textilmesse sowie die Schuh- und Ledermesse vermerken gute Geschäfte, was von der Beleuchtungs-, der Spielwarenindustrie ebenso von Galanteriewaren und Musikinstrumenten nicht gesagt werden kann. In der elektrotechnischen Branche kamen größere Abschlässe zustande. Lebhaft Nachfrage herrschte für Möbel und sonstige Artikel für Bau- und Wohnzwecke. Die hohen Preise verhinderten jedoch größere Geschäfte. Besonders Interesse erweckten aus dem Auslande vorliegende Anfragen nach Spielwaren.

Neueste Nachrichten.

TU Stuttgart, 1. Sept. Der Generallstreik geht weiter. Die heute unter dem Vorsitz der Regierung geführten Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Aktionsausschuß zu verhandeln, der eine vorübergehende Erscheinung sei und als Vertretung der Arbeiterschaft nicht anzusehen sei. Die Arbeitgeber erklärten sich aber bereit, mit den Gewerkschaften und einer von den Arbeitern der geschlossenen Betriebe gewählten Kommission zu verhandeln. Eine heute Nachmittag abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm, hat dann beschlossen, den Aktionsausschuß aufzulösen und die Weiterführung des Streiks und die Fortführung der Verhandlungen in die Hände der Gewerkschaften zu legen, die in dem ganzen bisherigen Verlauf des Streiks völlig auf die Seite geschoben worden waren. Im Lande draußen ist der Streik merktlich im Abflauen begriffen. In verschiedenen Städten haben die Arbeiter heute die Arbeit wieder aufgenommen.

TU Berlin, 2. Sept. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten waren sich die sämtlichen bürgerlichen Parteien einig, daß die Forderungen der Franzosen für das deutsche Volk unannehmbar seien, wenn nicht eine Aenderung in den Punkten vorgenommen werde, die mit der Ehre des Deutschen Reiches vereinbar sind. Man könne von einem Ministerpräsidenten nicht verlangen, daß er sich zu dem Vorschlag eines bislang feindlichen Staates begibt, um dort gewissermaßen Abhilfe zu leisten. Auch können uns die Franzosen nicht zumuten, daß wir Garantien übernehmen, für Dinge, die in der Zukunft liegen. Auch die Meinung der deutschen Regierung geht dahin, daß die Franzosen diese Gesichtspunkte anerkennen müssen. Wie der „Vol.-Anz.“ erzählt, schweben noch Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich und es ist zu hoffen, daß man zu einer Übereinkunft gelangt.

TU Augsburg, 2. Sept. Infolge von Lebensmittel-demonstrationen kam es gestern zu blutigen Krawallen. Gegen drei Uhr zogen etwa tausend Personen vor das Rathaus. Als es zu Tätlichkeiten gegen die Reichswehr kam, gab diese zuerst einige Schreckschüsse ab, die Menge wich jedoch nicht vom Fleck. Die Reichswehr wurde angegriffen, die Soldaten angespuckt und geschlagen. Es kam nun zu einer Schießerei und einem Handgemenge, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Eine Abordnung wurde ins Rathaus geschickt, welche die Forderungen der Demonstranten vorbrachte.

TU Paris, 1. Sept. Der polnische Minister Graf Sasunowski hat Paris verlassen und sich nach Warschau begeben, um dort die Antwort der Alliierten zu überbringen. In hiesigen polnischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Marshall Pilsudski sich weigern werde, die Ratschläge Washingtons genau zu befolgen, da es notwendig sei, noch weiter vorzurücken, um die Sicherheit Polens zu gewährleisten.

Bekanntmachung.

Betr. die Entrichtung der Luxussteuer für das erste Halbjahr 1920.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Luxussteuer und erhöhten Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbstständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften oder sonstigen Personenvereinigungen in der Gemeinde Geisenheim aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im 1. Halbjahr 1920 bis spätestens 1. September 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Der Termin darf nicht überschritten werden.

Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe, z. B. Künstler sind steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt dann der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern oder, in den Fällen der §§ 21, 23 Absatz 1, Nr. 1 von Personen, die die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt.

Verpflichtet zur Abgabe der Erklärung sind:

1. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Lieferungen der im § 21 des Gesetzes bezeichneten Luxusgegenstände im Kleinhandel ausführen, und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33 Absatz 2, Satz 3 des Gesetzes für einen kürzeren oder längeren Zeitraum gestattet ist, sowie auch die Gewerbetreibenden, die Gegenstände der in § 23 unter Nr. 5 des Gesetzes genannten Art in das Ausland verbringen.

2. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Luxusgegenstände der im § 15 des Gesetzes bezeichneten Art herstellen und veräußern, und zwar auch dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33, Absatz 2, letzter Satz des Gesetzes auf Grund des Jahresumsatzes gestattet ist.

3. Diejenigen Steuerpflichtigen, die eingerichtete Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern nachhaltig zu vorübergehendem Aufenthalt abgeben (Gasthofbesitzer, Wohnungsvermieter).

4. Diejenigen Steuerpflichtigen, die die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertgegenständen oder Pelzwerk und Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Pelzwerk gewerbsmäßig betreiben. Ausgenommen sind Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, da sich für diese Betriebe der Steuerabschnitt auf ein volles Kalenderjahr erstreckt.

5. Diejenigen Steuerpflichtigen, die Pferde, Esel oder andere Reittiere gewerbsmäßig zum Reiten ausleihen. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholender — Ordnungsstrafen bis zu je M. 500. — erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Anforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten und hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordrucke zu verwenden, welche bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden können.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Geisenheim, den 24. August 1920.

Der Magistrat — Umsatzsteueramt.

Bekanntmachung.

Es sind nach ca. 30 Zentner Frühkartoffeln am Lager, die morgen Freitag Nachmittag ausgegeben werden sollen. Interessenten werden ersucht, Anmeldungen Freitag Vormittag von 8—10 Uhr im Wirtschaftsamt zu machen.

Samstag den 4. d. Mts., vormittags von 10 bis 12 Uhr, kommen im Rathausb Hofe nachstehende Futtermittel zum Verkauf:

Für Pferde: Futterrüben M. 70. — je Str.
" Kindeich: Lupinenschrot " 70. — "
" " Seradellenschrot " 60. — "
" Schweine: Ackerbohnenchrot 150. — "

Von Mittwoch den 8. d. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Häferstücken

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 250 Gramm zu M. 1.10; Vorlage der Karten am 7. September. Abgetrennt wird Feld 14 der Lebensmittelliste. Geisenheim, den 2. September 1920.

Der Magistrat.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Bekanntmachung.

Betr. Wohnungsnot.

Wir warnen dringend, Wohnungen ohne unsere Genehmigung zu vermieten oder zu beziehen. Zu Unrecht bezogene Wohnungen werden von jetzt ab ausnahmslos polizeilich geräumt. Außerdem haben Vermieter und Mieter nach § 13 der Anordnung des Kreisausschusses, Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 17. Febr. 1920, gerichtliche Bestrafung zu gewärtigen.

Geisenheim, den 1. September 1920.

Der Magistrat.

J. B. Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Luxussteuer und der erhöhten Umsatzsteuer auf Leistungen besonderer Art für das 1. Halbjahr 1920.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat die in der Bekanntmachung vom 15. Mai 1920 (Geisenheimer Zeitung Nr. 57 und Geisenheimer Lokalanzeiger Nr. 54) zur Abgabe der vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im ersten Halbjahr 1920 festgesetzte Frist bis zum 1. September 1920 verlängert und gestattet, daß wo örtliche Verhältnisse es erforderlich machen, diese Frist weiter bis 15. September b. J. hinausgeschoben werden kann. Die Steuerpflichtigen werden darauf hingewiesen, daß eine weitere Verlängerung der Frist jetzt nicht mehr erfolgen kann, bis 15. September d. J. mithin alle Erklärungen beim unterzeichneten Umsatzsteueramt eingehen müssen.

In Ergänzung der heutigen Bekanntmachung betr. die Entrichtung der Luxussteuer für das erste Halbjahr 1920 wird bemerkt, daß ferner auch schon jetzt zur Abgabe der Erklärung verpflichtet sind Gewerbetreibende die Anzeigen im Sinne des § 25 Absatz 1 Nr. 1 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. 12. 1919 übernehmen, mit Ausnahme der Zeitungen und Zeitschriften, für welche der Steuerabschnitt auf ein volles Kalenderjahr erstreckt ist. Es kommen also schon jetzt in Betracht:

Anzeigen in sonstigen Druckschriften (Handzetteln, Büchern, Kalendern, Adreßbüchern, Programmen usw.), Geschäftsempfehlungen, Kataloge, Prospekte, Anschläge (Plakate), Reklamefilms, Aufschriften auf Verpackungen und Etiketten, auf Bieruntersätzen, Flaschenbeschriftungen usw., Zugabeartikel, wenn sie durch Aufschrift oder Ausstattung auf das Unternehmen und seine Leistungen hinweisen, Ueberlassung von Flächen und Räumen zu Reklamewecken, Ankündigungen, bei denen durch Beleuchtung mit Scheinwerfern, Umhertragen von Tafeln, Umherfahren von Reklamewagen, Ausrufen usw. die Aufmerksamkeit angezogen wird. Die Unternehmer, die Anzeigen und Zeitungen und Zeitschriften aufnehmen, brauchen jetzt keine Steuererklärung abzugeben, für sie gilt das Kalenderjahr als Steuerabschnitt (§ 138 Absatz 2a der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz).

Geisenheim, den 25. August 1920.

Der Magistrat — Umsatzsteueramt.

Mobilien-Versteigerung.

Freitag den 3. Sept. 1920, nachm. 2 Uhr werde ich im Auftrage des Herrn Ludwig Obel dahier im Germania-Saal (Kath. Vereinshaus) folgende Mobilien:

1 zweistöckiger Kleiderschrank mit Wäsche-einsatz, 1 zweischläfriges Bett mit Sprung-rahme, dreiteil. Kopfkissenmatratze, Deckbett und 2 Kissen, 1 Bett mit Sprungrahme, dreiteil. Kapokmatratze, noch neuer Bettdecke und Kissen, 1 Unterbett, 1 Nachtschrankchen, 1 Kücheneinrichtung, 1 Küchenschrank, 1 Küchensstuhl zugleich Stellsleiter, 3 Waschtücher, 1 Obfsteiler, Bilder, Spiegel, Gläser, Porzellan, Kaffeekannen, Gardinen, Galerien, Kleider, darunter ein fast noch neuer Frack, Messer, Gabeln, Löffel, Wäsche, darunter noch 6 neue nicht gebrauchte Tischtücher, Tischdecken, Bettdecken, Gebetbücher und dergleichen mehr

gegen gleich bare Zahlung meistbietend versteigern.

Geisenheim, den 31. August 1920.

J. Daniel, Gerichtshaus Nr. 1 a. D.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander, Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.



Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden und der Ruhestattung meiner lieben Frau, unserer teuren Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Josef Kees

Katharina geb. Hecker

sagen wir Allen unseren tiefempfundenen Dank. Besonders danken wir dem Gesangsverein „Cäcilia“ für den erhebenden Grabgesang und den vielen Kranz- und Blumenspendern.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, Hanau, Rudesheim und Mörfelden, den 1. September 1920.

Früh von der See!

la. Rabliau

ohne Kopf

Warenhaus Kittel
Geisenheim, Breitestr. 2.

Eingetroffen:

4 Meter lange
Plörcke,
Baumstüben,
Wasspflöcke,
Bretter u. Latten.
E. Dillmann.

Rübsamen

zu verkaufen bei
Franz Rückert
Winklerlandstr. 47.

Lippmanns Keimtod
beste Stalldeinfektion
empfiehlt
Frau P. J. Klein Wwe.
Steinheimerstrasse 5.

Umpressen

von
Damenhüten
auf neueste elegante Formen
in tadelloser Ausführung.
Auch Herrenhüte können
zu Damenhüten umgepresst
werden.
H. Lauferweiler
Bingen a. Rh. Salzstr. 5.

Empfehle billigt

alle Sorten Obst, besonders Tafelbirnen und Äpfel, Roth- und Fallobst. Neben allen einschlägigen Gemüsen empfehle frisch eingetroffen Lachsbücklinge und alle Fischarten. Holländer und Edamer Käse, Hand-Käse, Holl. Margarine u. Sette, Eier. Wöchentlich 2 Mal frische Hefe. Frau B. Rothhaupt Marktstrasse.

Geflügel-, Kaninchen-, Vogelzucht- u. Schutzverein Mittelrheingau
Diejenigen Mitglieder welche vom Verein Futter wie Hen, Stroh und Kunkel-Rüben beziehen wollen, können dies bis spätestens 8. Sept. bei Herrn Sprenger Gasthaus „Stolperer“ bestellen wofür auch Auskunft erteilt wird. Der Vorstand.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Reichsverband der Kriegsgeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.
Ortsgruppe: Geisenheim-Johannsbürg.
Freitag Abend 8 1/2 Uhr:
Vorstands- u. Ausschuss-
Sitzung
im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Freiwillige
Feuerwehr
Geisenheim.
Sonntag, 5. Sept.
Beteiligung am Gantag und
15-jährigen Stiftungsfest in
Winkel. Antritt: 12 Uhr
vor dem Hause des Komman-
danten Schmitt.
Um zahlreiches u. pünktl.
Erscheinen ersucht
Das Kommando.

Gesangsverein
Lieder-
kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Um pünktliches und voll-
ständiges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

Heute Donnerstag Abend:
Turnstunde
Besonders wollen sich sämt-
liche Turner, welche sich am
volkstümlichen Wettkampfe in
Biedrich beteiligen, einfinden.
Bei ungünstiger Witterung
Ueben der Freiübungen in
der Halle. Der Turnwart.

Samstag den 4. Septbr.,
abends 8 1/2 Uhr, findet im
Vereinslokal (Deutsches Haus)
unser ordentliche
Generalversammlung
statt, wozu die Mitglieder
höflich eingeladen sind.
Um zahlreiches Erscheinen
bittet
Der Vorstand.

Deutsch-Deutsche
Jugendgruppe
Geisenheim a. Rh.
Da die Versammlung am
letzten Samstag wegen des
Empfanges des Herrn Bischofs
nicht stattfinden konnte, wird
am Samstag den 4. Sept.,
abends 8 Uhr, im „Deutschen
Haus“ die
Mitglieder-Versammlung
stattfinden.

Tagesordnung:
1. Die deutsche demokratische
Partei — die Partei der
Jugend und ihre Jugend-
bewegung (Referent Herr
Sihener).
2. Aussprache über d. Thema.
3. Organisationsfragen.
4. Verschiedenes.
Unsere Mitglieder werden
gebeten, in dieser Versammlung
zu erscheinen.
Wer an unserer Sache
interessiert ist, ist ebenfalls
willkommen.
Der Aktionsausschuss.